

DIE LINKE. *im Rat*

Nr. 8 Januar 2008

Zeitung der offenen Liste DIE LINKE. im Rat der Stadt Wuppertal

Stadtrat stört Sonntagsruhe
S. 2

Ist privat besser?
S. 3

ARGE schlägt Schaum
S. 4

Liebe Leserin, lieber Leser,
die **Privatisierung von Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge** wie Bahn, Post, Krankenhäuser, Stadtwerke usw. wird von den meisten Parteien, auch von denen der Ratsmehrheit, als Allheilmittel für alle anfallenden Probleme gesehen. Effektiver sollen privatisierte Betriebe laufen, billiger und kundenfreundlicher.

Wie es wirklich ist, sieht man nicht nur im Ausland, etwa bei der immer mehr verrottenden und zur Gefahr für die Passagiere gewordenen Bahn in Großbritannien. Auch die Bahn in unserem Land ist ja seit nunmehr 14 Jahren wie ein privater Konzern organisiert, der sie bald auch werden soll. Sie hat z.B. 2006 einen Gewinn in Höhe von 1,68 Milliarden Euro [!] erwirtschaftet, und zwar durch Streichung von Stellen, Stilllegung von Strecken und Erhöhung der Preise.

Ein weiteres Beispiel des Privatisierungswahns kommt möglicherweise auch auf uns zu: In Würzburg sind seit einem Jahr Teile der Stadtverwaltung privat übernommen worden. Die Bertelsmann-tochter „Arvato government services“ verwaltet dort nach einer Vorbereitungsphase ab März 2008 Führerscheine, Lohnsteuerkarten, Reisepässe usw. Es ist ohnehin grundsätzlich fragwürdig, öffentliche Verwaltung zu privatisieren, ganz abgesehen davon, ob es klug ist, einem gigantischen, weltweit operierenden Medienkonzern solch sensible Daten anzuvertrauen. Unsere Fraktion möchte über dieses Thema beraten und hat dazu einen Kenner der Materie, den Paderborner Soziologie-Professor Arno Klönne, eingeladen, dazu zu referieren. Wir laden auch Sie herzlich dazu ein. Die Veranstaltung findet statt am 28. Februar 2008 um 19 Uhr im Sitzungssaal Nr. 260 im Rathaus Barmen.

Elisabeth August
Elke von der Beeck
Gerd-Peter Zielezinski

Es bleibt bei der Forderung: Kostenloses Schulmittagessen für bedürftige Kinder

Bis zu den Sommerferien 2007 konnte das kostenlose Schulmittagessen für bedürftige Kinder mit den Mitteln des Fördervereins und der Stadt bestritten werden. Damals wie heute hatte die Stadt keinen genehmigten Haushalt. Das kostenlose Essen war trotzdem möglich.

Heute, bei einem Euro pro Essen, der vom Land kommt, soll das nicht mehr möglich sein?

Anstatt sich hinter haushaltsrechtlichen und anderen Landesbestimmungen zu verschanzen, sollte die Stadtspitze mit dem Land über die Möglichkeit einzuverhandeln, so viele städtische Mittel einzubringen, dass auf den Eigenanteil der Eltern verzichtet werden kann. Es gilt die neuen Möglichkeiten zu nutzen, da die Landesregierung durchaus Ausnahmen vom verpflichtenden Elternbeitrag vorsieht. Die Stadt aber, sowohl die Verwaltung als auch die Ratsmehrheit, reagiert nur auf Druck von außen. Wer bis dahin die Dinge anders sieht und das einfordert, was man mit einem Mindestmaß an Verstand für unabdingbar notwendig erachtet, nämlich ein kostenloses Mittagessen für die, die es nötig haben, der heißt im Stadtrat „Populist“.

„Populisten“ wurden wir genannt in der Ratssitzung im Dezember 2006, als der Rat die Abschaffung des kostenlosen Schulmittagessens beschlossen hat und wir dagegen geredet haben. Trotz der immensen Kürzung werde kein

Kind im neuen Schuljahr hungern müssen, so die Verwaltung vor den Sommerferien. Ein Versprechen das nicht eingehalten wurde.

Von den Sommerferien bis zu den Herbstferien haben viele Kinder gehungert; einige hungern auch heute noch! Als dann das „Rüttgers-Modell“ der Landesregierung verkündet wurde, also 1 Euro vom Land, 50 Cent von der Stadt und 1 Euro Elternanteil, war es der Stadt plötzlich ohne jede weitere Diskussion und ohne das „Populismus“ zu nennen, möglich, die 50 Cent pro Mahlzeit zuzuschießen.

Weitere Möglichkeiten ergaben sich, als



die Landesregierung nach einer Anfrage der Grünen im Landtag erklärte, dass auch Mittel Dritter, also zum Beispiel von Fördervereinen, anstelle des obligatorischen Elternbeitrags eingesetzt werden könnten. Die Stadt Wuppertal hielt das anscheinend für Populismus und

Fortsetzung auf S. 2

Fortsetzung von S. 1

hat erst einmal bei der Bezirksregierung nachgefragt, ob die Landesregierung denn in ihrer Antwort auf die parlamentarische Anfrage die Wahrheit gesagt habe. Überraschend schnell kam die Antwort aus Düsseldorf: Die Landesregierung hat auch gemeint, was sie gesagt hat.

Teilerfolg erreicht

Aufgrund dessen sah man sich denn auch in Wuppertal bemüßigt, ein neues Finanzierungsmodell für das Schulmittagessen festzulegen. Es sieht vor: 1 Euro vom Land, jeweils 50 Cent von den Eltern, vom Förderverein und der Stadt.

Wir verkennen nicht, dass dieses Verfahren für die Betroffenen einen deutlichen Fortschritt darstellt. Diese Regelung wäre noch unlängst von den Vertretern der CDU und der SPD als blauäugige Phantasterei abgetan und als „populistische“ Forderung bezeichnet worden. Dass sich in Sachen Schulmittagessen etwas bewegt hat, ist ein Teilerfolg der sehr rührigen Bewegung in unserer Stadt für ein kostenloses Schulmittagessen.

Allerdings muss kritisch angemerkt werden, dass das neue Verfahren in keinem Gremium diskutiert, sondern zwischen Verwaltung und Förderverein abgesprochen wurde. Über den Einsatz der Mittel des Vereins entscheiden sein Vorstand und die Mitglieder.

Es ist keine Transparenz vorhanden: Wir wissen nicht, ob der städtische Anteil aus den Mitteln des Vereins bereits bedient worden ist; wir haben keine Kenntnis darüber, ob ein Schulkind diese Gelder in Anspruch genommen hat, weder vor noch nach Einrichtung des Rüttgers-Fonds. So lobenswert die Aktivitäten des Fördervereins sind: Die Ratsfraktion DIE LINKE bleibt der Auffassung, dass die Stadt sich nicht aus der Verantwortung stehlen darf.

Hätten CDU und SPD nicht schon vor einem Jahr in vorauseilendem Gehorsam die Abschaffung der unbürokratischen Ausgabe eines kostenlosen Schulmittagessens an alle Schulkinder aus Familien mit Wuppertal-Pass beschlossen, wäre heute eine Finanzierung im Rahmen des Rüttgers-Modells ohne weiteres möglich, wie das Beispiel anderer Kommunen zeigt.

So sagt die Landesregierung zu, dass durch den Landesfonds bewährte kommunale Systeme nicht beeinträchtigt werden sollen.

CDU und SPD sollten endlich damit aufhören, allein Land und Kommunalaufsicht für den Wegfall dieser wichtigen sozialen Leistung verantwortlich zu machen. Es war nicht die Bezirksregierung, die dies per Dekret veranlasst hat. Es war die Mehrheit des Wuppertaler Stadtrats, der dies beschlossen hat, um die frei werden Mittel für die Betreuung für unter 3-jährige einzusetzen. Die Ratsfraktion DIE LINKE lehnt eine Politik ab, die, um an einer Stelle ein Loch zu stopfen, ein größeres an anderer Stelle aufreißt. Sie wird weiterhin wie auf der letzten Ratssitzung des alten Jahres dafür eintreten, dass der unselige Beschluss zur Abschaffung des kostenlosen Schulmittagessens fällt.

Stadtrat stört Sonntagsruhe

Alljährlich beschließt der Rat mit großer Mehrheit verkaufsoffene Sonntage. So auch für dieses Jahr. Dies ist um so verwunderlicher, da seit geraumer Zeit Verkaufsstellen an sechs Tagen in der Woche 24 Stunden geöffnet sein dürfen. Dies ist Ausdruck der Tatsache, dass die Wirtschaftsinteressen der großen Handelsketten absoluten Vorrang bei den etablierten Parteien haben. Die Sonn- und Feiertage als Perioden der Arbeitsruhe und der Entspannung geraten stark unter Druck.

Der Sonntag ist kein Tag wie jeder

Kundenfrequenzen anpassen müssen. So ist der Gewerkschaft ver.di zuzustimmen, dass „angesichts des wachsenden Wirtschaftsdrucks der Sonntag als ein Tag der Ruhe und des bewussten Anderseins für die Menschen nötiger denn je ist“. Unverständlich angesichts dieser Beschlusslage ist es, dass ver.di die für 2008 geplanten verkaufsoffenen Sonntage in Wuppertal mitträgt. Die Kirchen und DIE LINKE im Rat bleiben bei ihrer prinzipiell ablehnenden Haltung.



andere. Seine Bedeutung drückt sich in seiner Beständigkeit für die individuelle Lebensgestaltung der Menschen aus. Seit 4.000 Jahren prägt die Sieben-Tage-Woche den Lebensrhythmus vieler Völker. Dieser Rhythmus vermittelt den Menschen und den Gemeinschaften eine hilfreiche Beständigkeit. Der arbeitsfreie Sonntag ist eine frühe soziale Errungenschaft und auch heute als Tag der Ruhe, der Gemeinschaft, der Befreiung von Sachzwängen, Fremdbestimmung und Zeitdruck unverzichtbar. Flexible Arbeitszeitformen haben das Alltagsleben der Beschäftigten und ihrer Familien nachhaltig verändert. DIE LINKE lehnt es ab, dass immer mehr Menschen sich in ihrer Arbeitszeit den Wünschen ihrer Arbeitgeber bzw. der Auftragslage und den schwankenden

Impressum

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,
Tel. u. Fax: 0202 - 563-6677
E-mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Ursula Albel, Elisabeth August, Elke von der Beeck, Dr. Wolfgang Fenner, Gerd-Peter Zielezinski
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 70000
Redaktionsschluss: 11.1.2008
Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Ist privat besser?

Mieten billiger als selber bauen?

Die Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstelle der Stadt an der Uellendahler Straße soll aufgrund zu geringer Raumkapazität aufgegeben und ein neuer Standort im Bereich der Automeile Uellendahler Straße gefunden werden. Die Stadt beabsichtigt nicht, dort selbst zu bauen. Mit Mehrheit von CDU und SPD wurde im Rat beschlossen, die Räumlichkeiten anzumieten und dazu ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Die Verwaltung geht davon aus, dass eine Anmietung, berechnet auf einen Zeitraum von 20 Jahren, rund 760.000 Euro billiger als ein Neubau sei. Allerdings geht sie von der Prämisse aus, dass das Gebäude nach 20 Jahren wertlos sei. Dies bestreitet DIE LINKE im Rat.

Die Verwaltung sagt, dass das Gebäude wegen der Änderungsdynamik bei der Zulassung nach 20 Jahren den Anforderungen nicht mehr entsprechen wird.

Wir halten es für so gut wie sicher, dass das Gebäude nach einem Umbau weiter als Zulassungsstelle genutzt oder einer anderen Verwendung zugeführt werden kann, zumal bei Planung und Bau des Gebäudes eine mögliche andere Nutzung schon berücksichtigt werden kann.

Die Verwaltung sagt, eine weitere Nutzung sei wegen der speziellen Bauweise nicht möglich. Wir fragen uns: Wie erzielt der private Investor seinen Gewinn, wenn er nach 20 Jahren das Gebäude abreißen muss, weil es wegen seiner speziellen Bauweise keiner weiteren Verwendung zugeführt werden kann.

Da die Stadt von den Banken kreditwürdiger als jedes Baukonsortium bewertet wird, sind bei gleichem Finanzierungsbedarf die Finanzierungskosten bei Eigenbau generell

Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP)

Die Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher oder kommunaler Aufgaben bezeichnet man als Public Private Partnership (Abkürzung PPP), auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP). Die Befürworter behaupten, dass diese Partnerschaft zu beiderseitigem Nutzen sei.

DIE LINKE sieht den Nutzen bei den Privaten und befürchtet, dass die Kommune draufzahlen wird.

Negative Beispiele belegen unsere Befürchtungen: In der kleinen sächsischen Gemeinde Oderwitz wurde 1995 ein Leasingvertrag mit einem Berliner Investor abgeschlossen. Der errichtete eine Sporthalle und vermietete sie für 30 Jahre an die Gemeinde.

Der Sächsische Rechnungshof stellte bei einer stichprobenartigen Prüfung fest, daß ein Kommunalkredit wesentlich günstiger gewesen wäre als das Investorenmodell. Auch sei der Gemeinderat nicht ordentlich informiert worden. Der Landkreis Löbau-Zittau als Kommunalaufsicht hätte den Vertrag nie genehmigen dürfen.

Daraufhin verlangte die Gemeinde vom Landkreis Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung.

Die juristische Auseinandersetzung ging bis zum Bundesgerichtshof (BGH).

Dieser gab der Gemeinde Recht.

Das Rechnungsprüfungsamt Frankfurt/Main hat ein großes PPP-Projekt durchgerechnet und kommt zu einem verheerenden Urteil: Bei Schulen, die mit ÖPP errichtet wurden, wurde an der Wärmedämmung gespart. Es fallen um 30 % höhere Heizkosten an als bei den Gebäuden, die die Frankfurter Standards einhalten.

Die Londoner U-Bahn wurde in ÖPP betrieben. Ein Investor musste Insolvenz anmelden, da er mit der vereinbarten

„Weihnachtslied, chemisch gereinigt“

„Morgen Kinder, wird's nichts geben!
Nur wer hat, kriegt noch geschenkt.
Mutter schenkte euch das Leben.
Das genügt, wenn man's bedenkt. (...)
Morgen kommt der Weihnachtsmann.
Allerdings nur nebenan. (...)
Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Wer nichts kriegt, der kriegt Geduld!
Morgen Kinder, lernt fürs Leben!
Gott ist nicht allein dran schuld.“

Diese Zeilen schrieb Erich Kästner in den 1920er Jahren. Leider sind sie auch heute noch brennend aktuell.

Für viele WuppertalerInnen, die von Hartz IV oder einer anderen Grundsicherung leben müssen, gestalteten sich die Festtage eher mühselig als fröhlich. Für Menschen, die von diesen Minimalsätzen leben müssen, ist es nicht möglich, Weihnachtsgeschenke oder ein Weihnachtsessen zu finanzieren. Damit für diese Menschen in Zukunft Weihnachten nicht ausfallen muss, hat DIE LINKE im Rat eine Resolution eingebracht, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, einen pauschalen Sonderbedarf für Weihnachten von 40 Euro pro Person in die Grundsicherungsgesetze mit aufzunehmen.

Die Berechnungen, denen das Arbeitslosengeld II oder die Sozialhilfe zugrunde liegen, sehen keinen Betrag für ein Weihnachtsfest vor, sondern sind lediglich für den notwendigen Lebensbedarf zugeschnitten.

Denn Weihnachten ist in diesem Land für viele das wichtigste Familienfest. Ein solches Fest ist mit höheren Ausgaben verbunden, die vom Hartz IV-Regelsatz nicht zu bestreiten sind - von den Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes ganz zu schweigen. So sind in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die der Ermittlung des Regelsatzes zu Grunde lag, für Geschenke an Kinder gerade mal 1,47 Euro im Monat eingeplant. Das alte Bundessozialhilfegesetz beinhaltete aus gutem Grund eine Weihnachtsbeihilfe. Leider sieht die Hartz IV-Gesetzgebung bisher keine Weihnachtsbeihilfe vor. Auch Menschen, die auf Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe bzw. auf Geld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen sind, sollten in der Lage sein, ein Fest zu feiern. Das sehen die anderen Ratsfraktionen allerdings anders. Sie waren nicht bereit, unsere Resolution zu unterstützen.

Dieses Mal können die Damen und Herren Stadtverordneten sich nicht mit dem Argument herausreden, dass die Stadt bedauerlicherweise für soziale Anliegen kein Geld hat. Deshalb darf es bekanntlich, so will es die Mehrheit, kein kostenloses Schulmittagessen für bedürftige Kinder geben.

Die anderen Ratsfraktionen sind noch nicht einmal bereit, auf die Bundesregierung einzuwirken, damit diese unsoziale Gesetze ändert. Kein Wunder - es sind ja, abgesehen von der WfW, dieselben Parteien wie in Wuppertal, die diese in Berlin beschließen.



günstiger als bei der Miet-Variante und somit ein Nachteil für die Miet-Lösung. Sollte ein finanzstarker Investor das Ganze aus seinem Eigenkapital finanzieren, erwartet er eine - heute vielfach übliche und sogar überschrittene - Eigenkapitalrendite von 15 %. Auch wenn die Stadt das Projekt nur mit Krediten finanzieren kann, sollte es bei einem Zinssatz von 5% billiger werden als beim Privaten. Die Stadt muss im Gegensatz zum privaten Investor keine Rendite erzielen.

Miete nicht auskam. Es war für die Stadt London außerordentlich schwierig, aus dem Vertrag herauszukommen und die U-Bahn wieder in eigener Regie zu betreiben. - Was würde die Stadt Wuppertal machen, wenn der Vermieter der Zulassungsstelle pleite macht? Umziehen?

Böse Zungen behaupten, dass PPP deshalb in ÖPP umbenannt wurde, weil PPP mittlerweile mit Pleiten, Pech und Pannen übersetzt wurde.

ARGE schlägt Schaum

Seit Monaten macht die ARGE eine groß angelegte Werbekampagne, um sich selbst zu beweihräuchern. Es wird versucht, die Hartz IV-Gesetze als Erfolgsstory für die Betroffenen und die Stadt Wuppertal darzustellen. Das muss den Betroffenen wie Hohn in den Ohren klingen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE wollte auf der letzten Ratssitzung am 17. Dezember von der Verwaltung wissen, wieviel Geld die ARGE für Werbemaßnahmen (PR-Arbeit) ausgibt.

Die Verwaltung beantwortete die Anfrage der LINKEN äußerst mangelhaft, obwohl sie ihr schon Wochen vorher bekannt war. Wir hatten nach externen und internen Kosten gefragt. Mitgeteilt wurden nur die externen. Die nicht mitgeteilten internen Kosten dürften allerdings nicht so gering sein, da der ehemalige Geschäftsführer der Wuppertal Marketing GmbH in 2007 zur ARGE gewechselt und sich dabei entgeltmäßig gewiss nicht verschlechtert hat. DIE LINKE ist der Auffassung, dass die ARGE, anstatt mit protziger Werbung den Menschen ein X für ein U vorzumachen, die finanziellen Mittel dazu einsetzen sollte, ihre Arbeit zu verbessern. Auch nach drei Jahren Tätigkeit sind Bewilligungsbescheide für die ALG II-BezieherInnen häufig fehlerhaft. Die Kommunikation mit den Sachbearbeitern gestaltet sich schwierig. Briefköpfe sind veraltet. Wählt man die dort angegebene Telefonnummer des Sachbearbeiters, hört man „Kein Anschluss unter dieser Nummer“. Kurzum, es geht in der ARGE nicht so professionell zu, wie es uns die Verwaltung weismachen will. Auch klagen Betroffene darüber, dass sie, wenn sie fehlerhaften Leistungsbescheiden widersprachen, zur Strafe postwendend beim Fallmanager einbestellt und zu nicht immer sinnvollen Bewerbungsaktivitäten verpflichtet wurden. Versteht sich, dass das Ergebnis dieser Aktivitäten keine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt war. Abgesehen davon, dass es unsinnig ist, Stellensuche als Strafarbeit zu verordnen, hat Langzeitarbeitslosigkeit nicht das geringste mit mangelhaften Bewerbungsbemühungen der Betroffenen zu tun. Es gibt einfach keine Stellen für diese Menschen. Daran kann auch die ARGE nichts ändern und auch die professionellste Werbekampagne nicht.

Aus dem Rat der Stadt:

Kein Herz für Boykotteure

Die Fraktion DIE LINKE brachte in die Dezembersitzung des Rates folgende



Resolution ein:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, der Rat der Stadt möge folgende Resolution an den Senat der Bergischen Universität richten:

Der Rat der Stadt Wuppertal unterstützt die Boykott-Aktion des AStA der Bergischen Universität gegen die Erhebung der Studiengebühren zum Sommersemester 2008. Er wendet sich an den Senat der Bergischen Universität und fordert diesen auf, die Studiengebühren nicht mehr zu erheben.

Begründung:

Auf der Vollversammlung am 7. November haben etwa 1000 Studierende der Bergischen Universität einstimmig den Boykott der Studiengebühren beschlossen. Das Modell sieht vor, dass, sobald mindestens 25% der zahlungspflichtigen Studierenden ihre Studiengebühren auf ein Treuhandkonto überwiesen haben, mit der Universität über die Abschaffung

der Gebühren verhandelt wird. Sollten sich zu wenige Studierende für eine Beteiligung am Boykott finden, werden die Gelder rechtzeitig an die Universität überwiesen, so dass eine Exmatrikulation ausgeschlossen werden kann.

Bislang ist an den staatlichen Hochschulen das Studium aus guten Gründen gebührenfrei

gewesen, denn Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

Studiengebühren dienen nicht unmittelbar der Verbesserung der Lehre, sondern fließen in den allgemeinen Haushalt der Universität ein, wie Rektor Ronge zugestehen musste. Sie gefährden Wuppertal als Universitätsstandort.

Weitere Informationen gibt es auf der Boykott-Homepage www.boykott-wuppertal.de

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete
Elke von der Beeck
Stadtverordnete
Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender

Bis auf DIE LINKE im Rat unterstützte keine andere Fraktion diese Resolution.